

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.3.1928 (No. 57)

leidenschaftlicher Energie für die deutschen Brüder und Schwestern in Südtirol eintrat.

Auch in Deutschland sind sich alle Parteien und alle Schichten unseres Volkes in ihren Gefühlen für die Südtiroler einig. Am besten beweist das ein auf der Innsbrucker Versammlung verlesenes Telegramm des deutschen Reichstagspräsidenten Löbe, welches folgenden Wortlaut hat: „Unwandelbare Treue und Solidarität wahrhaft den unterdrückten Deutschen in Südtirol das ganze deutsche Volk!“

Dass die Sympathieumgebungen für Südtirol Mussolini peinlich sind, kann man begreifen. Denn sie werden es dahin bringen, daß das Gewissen der Welt geschärft und das Auge der öffentlichen Meinung der Welt auf die Zustände in Südtirol gelenkt wird. Wenn Mussolini gut beraten wäre, würde er diese Zustände ändern. Das tut er nicht. Statt dessen hält er Reden, die mit ihren brutalen Drohungen mit das Taktloseste sind, was die europäische Politik in den letzten Jahren erlebt hat.

Wenn man bedenkt, daß diese Drohungen einem kleinen Staat wie Österreich gegenüber ausgesprochen werden, dann erscheinen sie in einem noch viel fataleren Licht. Mussolini wird sich mit derartigen Reden nirgends Sympathien verschaffen. Und wenn er wirklich dazu übergehen sollte, seine Drohungen wahr zu machen, dann wird er die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen sich haben. Wir glauben indessen, daß die ganze Rede Mussolinis nur auf rhetorische Wirkung abgestellt war, und daß er sich selbst wohl noch nicht recht überlegt hat, wie seine Drohungen nun eigentlich zu verwirklichen seien. Will er Österreich mit Krieg überziehen? Vielleicht erinnert ihn die Ratstagung in Genf daran, daß es noch so etwas, wie einen Völkerbund gibt, einen Völkerbund, der Mussolini nicht das Reden verbieten kann, aber sehr wohl in der Lage ist, italienische Tollheiten kriegerischer Art zu verhindern.

Das Kriegsschadensschlußgesetz

W.D. Berlin, 7. März. (Tel.) Im Reichstagsausschuß für Entschädigungsfragen wurden heute bei der Weiterberatung des Kriegsschadensschlußgesetzes die Verfahrens-, Übergangs- und steuerlichen Bestimmungen nach den Anträgen der bisherigen Regierungsparteien angenommen. Morgen sind nur noch die Schlußbestimmungen zu erledigen. Dazu liegen demokratische Anträge vor, die für einen späteren Termin weitere Entschädigungen vorsehen, also dem Gesetz den Charakter eines Schlußgesetzes nehmen wollen.

Der amerikanisch-französische Schiedsgerichtsvertrag

W.D. Washington, 7. März. (Tel.) Der Senat hat den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ohne Abstimmung nach kurzer Erörterung ratifiziert. Der neue Vertrag, der den am 27. Februar abgelaufenen Root-Schiedsgerichtsvertrag ersetzt, sieht vor, daß jeder Streitfall zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, der nicht irgendeine innere Frage, die Interessen einer dritten Macht, die Monroe-Doktrin oder die Verpflichtungen Frankreichs als Mitglied des Völkerbundes in Mitleidenchaft zieht, einem Schiedsgericht unterworfen werden soll. In der Präambel des Vertrages wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der Tag kommen werde, wo alle Länder auf den Krieg als Instrument nationaler Politik verzichten werden. Die Präambel wurde eingefügt im Anschluß an den Meinungsaustausch zwischen Brand und Kellogg über die Möglichkeit eines Abschlusses eines gesonderten Vertrages gegen den Krieg.

Ein Streit um russische Handelschiffe

W.D. Paris, 7. März. (Tel.) Am 26. Januar 1918 hatten die Sowjets sämtliche unter russischer Flagge fahrenden Handelschiffe ohne Entschädigung enteignet. Der Gesellschaft Kapit gehörende Schiffe suchten, um der Enteignung zu entgehen, Zuflucht im Hafen von Marseille. Als die französische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetregierung wieder anknüpfte, forderte letztere sofort die Rückgabe dieser Schiffe. Das französische Gericht, das die französische Regierung angerufen hat, hat diesen Antrag abgelehnt mit der Begründung, er sei rechtswidrig, da keine ausländischen Gesetze in Betracht gezogen werden könnten, die den französischen Staatsgesetzen widersprechen, namentlich hinsichtlich der Expropriation ohne Entschädigung.

Kriegserklärung Ibn Sauds?

W.D. London, 7. März. (Tel.) Nach einer „Exchange“-Mitteilung aus Jerusalem soll König Ibn Saud dem Irak und Transjordanien den Krieg erklärt haben. „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel, daß Großbritannien das Königreich des Irak, das es geschaffen, organisiert und beschützt habe, in der Stunde der Gefahr nicht verlassen dürfe. „Daily Mail“ erklärt dagegen die mesopotamische Politik der Regierung für verfehlt und warnt davor, Großbritannien in einen Krieg stolpern zu lassen.

Die erste amerikanische Entschädigungsrate. Wie aus Washington gemeldet wird, rechnet die Regierung damit, die als erste Rate für die Entschädigung deutscher Schiffe und Patente aus der Bundeskasse bereitzustellenden 50 Millionen Dollar bereits vor Ende Juni, also noch in diesem Etatjahr zur Auszahlung zu bringen. Der Betrag soll aus dem Budgetüberschuss dieses Jahres gedeckt werden.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland beantragt am 10. März eine Hauptvorstandssitzung, deren zweiter Punkt der Tagesordnung eine Aussprache über die Rücktrittsabsichten des Vorsitzenden, nämlich des Staatssekretärs a. D. von Sünge, bildet.

Das Institut für Wirtschaftswissenschaft an der heilighausen Landesuniversität Gießen teilt über den Wiederbeginn der Wirtschaftswissenschaft im Sommersemester 1928 mit, daß der Beginn der Immatrikulationen am 16. April, der Beginn der Vorlesungen am 24. April 1928 stattfindet.

Defizit der Münchener Handwerksausstellung. Dem Stadtrat München wurde die Abrechnung über die Ausstellung „Das bairische Handwerk München 1927“ vorgelegt. Nach dieser Abrechnung ist ein Ausfall von 718 000 RM rechnungsmäßig zu beden.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 6. März.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius äußert sich zu verschiedenen in der Debatte aufgeworfenen Einzelfragen. Er erklärt: Viele der vom Abg. Lejeune-Jung erhobenen Beschwerden muß ich als berechtigt anerkennen. Wir werden bei der ersten möglichen Gelegenheit den deutsch-englischen Handelsvertrag kündigen und versuchen, bei den neuen Verhandlungen die jetzt zutage tretenden Mißstände abzustellen. Zum Vorkämpfer der Beschwerden, die sich gegen die Methoden beim deutsch-italienischen Vertrag richten, sind nur diejenigen berufen, die auch von sich aus solche Methoden als verwerflich betrachten. Ich kann mich darum nicht denen anschließen, die, wie der Abg. Eugenberg, das Ziel in einer Grenzsperrung für landwirtschaftliche Artikel und in Einfuhrverboten sehen. Diese Forderung steht im Widerspruch zu den in der Genfer Weltwirtschaftskonferenz auch von der landwirtschaftlichen Gruppe unter Zustimmung der deutschen Landwirtschaftsvertreter festgelegten Grundsätzen. (Hört, hört!). Der Autorität des Abg. Eugenberg stelle ich die Autorität des verstorbenen Abg. Helfferich gegenüber, der 1901 gesagt hat: „Ich sehe die größte Gefahr darin, daß wir als Industriestaat eine Agrarpolitik treiben, die den kleineren Teil des Volkes erhalten will mit Maßregeln, die den anderen größeren Teil zugrunde richten.“ (Hört, hört!). Meine Industriepolitik, meine Bemühungen um Zollentlastungen, haben nach meiner Überzeugung zugunsten der Landwirtschaft gewirkt. Die Deutschnationalen haben meine Politik mitgemacht. Die Ironie des Schicksals will es, daß gerade für den deutsch-englischen und den deutsch-italienischen Handelsvertrag die deutschnationalen Abg. Lejeune-Jung und Dr. Reichert die Referenten waren (Große Getreiderei). An dem Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages hat Reichsfinanzminister Schiele den stärksten Anteil (Hört, hört! und Getreiderei). Wenn wir mit Polen zum Vertrag kommen, so basiert das auf der Grundlage, die die Minister Schiele und Stresemann zusammen geschaffen haben (Hört, hört!). Mit den Plänen des Abg. Dr. Eugenberg werden wir niemals deutsche Handelspolitik treiben können (Weißfall). Es ist bedauerlich, wie die Tschechoslowakei die deutschen Gläubiger aus den Vorkriegsanleihen benachteiligt. Ich sehe keine Möglichkeit zur Fortsetzung der deutsch-tschechischen Verhandlungen, wenn sich das nicht ändert. Mit dem Abg. Hennig halte auch ich eine größere Publizität der Wirtschaft für notwendig. Ich kann ihm aber nicht in allen seinen Betrachtungen über die Lohnpolitik folgen. Auf diesem Gebiet können wir nicht die ganz anders liegenden amerikanischen Verhältnisse zum Vergleich heranziehen. Was die Klagen des Mittelstandes betrifft, so ist die Entschädigung, in der eine Kontrolle der staatlichen Auftragsvergabe verlangt wird, nicht weit genug, weil sie sich nur auf die Reichsbetriebe erstreckt, die nur 10 Prozent aller Aufträge vergeben. Wichtig wäre es, wenn alle vom Reich, Ländern und Gemeinden vergebenen Aufträge dem Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt würden, das dann die gewünschte Kontrolle üben könnte. Das Handwerk ist nicht aufgefangt worden, es hat sich gehalten, und auf manchen Gebieten Terrain gewonnen. Wir fordern die Zusammenarbeit der Erzeuger mit Handel und Verbrauchern und würden es begrüßen, wenn wenigstens etwas mehr dem amerikanischen Grundgesetz Rechnung getragen würde: Der Kunde hat immer Recht (Weißfall). Im Sinne des kooperativen Gedankens habe ich mich auch bemüht, Kohle und Eisen zusammenzuführen. Wir brauchen die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Segen der ganzen Wirtschaft (Weißfall).

Abg. Gusemann (Soz.) weist auf die große Produktionssteigerung im Kohlenbergbau hin. Die Bergarbeiter hätten an dem dadurch erzielten Gewinnen wenig Anteil erhalten. Zu den vom Minister geplanten Verhandlungen mit der Kohlen- und Eisenindustrie sollten auch Arbeitnehmervertreter herangezogen werden. Die hohen Kohlenpreise seien angesichts der niedrigen Arbeitslöhne nicht gerechtfertigt.

Abg. Effer (Ztr.): Oppositionsreden seien auch aus dem Lager der bisherigen Koalitionsparteien gekommen, obwohl die Wirtschaft seit langen Jahren durch politische rechtsstehende Minister betreut worden sei. Das Zentrum betrachte die Erhaltung und Förderung des selbständigen gewerblichen Mittelstandes als eine staatspolitische Notwendigkeit, aber es stelle keine rein agitatorischen unerfüllbaren Forderungen auf.

Abg. Behnen (D. Rp.): Das Eindringen der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft müsse aufhören. Die Hauszinssteuermittel sollten in stärkerem Maße der Privatbauwirtschaft zugeführt werden. Der Einzelhandel müsse bei der Zusammenfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates besser berücksichtigt werden.

Abg. Barthschi (Dem.) dankt dem Minister Dr. Curtius für die Festigkeit, mit der er seine Überzeugung auch seinen deutsch nationalen Ministerkollegen gegenüber vertreten habe. Die Wirtschaftspartei sei bei der Abstimmung über große politische Fragen immer auseinandergelassen, aber sie habe die Zollpolitik der Reichsregierung mitgemacht und für die Beibehaltung der Luxussteuer gestimmt.

Abg. Dr. Reichert (Dnt.) nimmt das Eisenartell gegen den Vorwurf des Abg. Rauch in Schutz, es habe mit seinen Preis-erhöhungen die Wohnungsbauwirtschaft provoziert. Anregungen der Abg. Lejeune-Jung und Eugenberg, für weitere Handelsvertragspolitik, könne man nicht einfach mit der Bemerkung abtun, daß sie den Genfer Wirtschaftskonferenzbeschlüssen widersprächen.

Abg. Florin (Komm.) führt aus, der Stahltrust und der Bergbau heimse ungeheure Gewinne auf Kosten der Konsumenten und der schlechtbezahlten Arbeiter ein.

Abg. Frau Dr. Lübers (Dem.) begründet eine Entschädigung, die die Reichsregierung um Maßnahmen ersucht für die Durchführung systematischer einheitlicher Bearbeitung der Ausgaben der Hauswirtschaft. Durch Rationalisierung könnten dem Volkvermögen Milliarden erspart werden.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Die Vorlage, die einen Teil des Notprogramms der Regierung bildet, will eine Erhöhung der Steigerungsbeträge für die Invaliden-, Renten- und Altersrenten für die Knappschaftspensionsversicherung herbeiführen. Dafür sind 100 Millionen in den Etat eingestellt.

Abg. Karsten (Soz.) bezeichnet die Regierungsvorlage als unzureichend. Die Sozialdemokraten würden im Ausschuß Verbesserungsvorschläge stellen.

Frau Abg. Krensch (Komm.) übt gleichfalls scharfe Kritik an der Vorlage.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Am 10½ Uhr wird die Weiterberatung des Wirtschaftsetats auf Mittwoch 14 Uhr vertagt.

Politische Neuigkeiten

Rundgebung von Zentrumsarbeitern

Bei der am Sonntag in Duisburg veranstalteten Rundgebung der Arbeitergewerkschaft des rheinisch-westfälischen Zentrums unter dem Thema „Der Kampf der christlichen Arbeitergewerkschaft um den sozialen Volksstaat“ führte Siegenwald u. a. aus, daß die deutsche Privatwirtschaft noch nicht gefestigt und gesichert sei. Auch die Revision des Lawesplanes, die kommen müsse, werde Deutschland nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile bringen. Redner wendete sich gegen Art und Ausmaß der Beamtenbesoldung, die er angesichts der Notlage der Arbeiter für unangebracht hielt. Er polemisierte gegen die Sozialdemokratie, die seit der Staatsumwälzung meist außerhalb der Regierung für die Republik gekämpft habe, anstatt innerhalb einer Koalition sich für die soziale Ausgestaltung der Republik einzusetzen. Die Arbeiterzentrumswähler wollten eine Entproletarisierung der Arbeiterklasse herbeiführen, und dafür gebe es hauptsächlich zwei Wege, die Steigerung des Reallohnes und die politische und wirtschaftliche Demokratie, sowie die Ausgestaltung des Bildungswesens. Wohlfahrtsminister Girtler behandelte sodann die Entstehung und Entwicklungsgeschichte der Zentrumspartei und der christlichen Arbeiterbewegung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung bekannte sich die Versammlung mit allem Nachdruck zum deutschen Volksstaat und stellte als nächstliegende Forderungen für die Arbeiterpartei eine starke Berücksichtigung der Arbeitervertreter in allen Instanzen der Partei und bei der Auswahl von Kandidaten zu den Parlamenten, sowie in den Gremien der öffentlichen Verwaltung, ferner bessere Ausgestaltung der Zentrumspresse im Sinne einer grundsätzlichen klaren Haltung und politischer Begreifung auf.

Kurze Nachrichten

Eine Landvolkliste in Hannover. Auf der in Hannover abgehaltenen Tagung von Vertretern der Landwirtschaft aus der ganzen Provinz Hannover wurde beschlossen, bei den kommenden Reichstags- und Landtagswahlen eine Landvolkliste in den drei hannoverschen Wahlkreisen aufzustellen. An die Spitze dieser Liste wurde der Abg. Weidendorf gestellt. Ferner wurde beschlossen, für diese Liste ein Zusammenarbeiten mit dem völkisch-nationalen Block zu erreichen.

Preis Thyllen vorläufiger Verfallender der Rohstoffgemeinschaft. Nach einer Meldung der „Alln. Volkzeitung“ aus Paris soll an Stelle des tödlich verunglückten, bisherigen Präsidenten Mairisch einstweilen Preis Thyllen mit der Führung der Geschäfte der Rohstoffgemeinschaft bis zum Zusammentritt des Präsidiums und bis zur Neuwahl beauftragt werden.

Die Lohnbewegung bei den Berliner Verkehrsbetrieben umfaßt etwa 21 000 Arbeiter, so daß mit den Gemeinbediensteten der Stadt Berlin zusammen 65 000 Arbeiter und Arbeiterinnen zum Ende dieses Monats in einer Lohnbewegung stehen werden.

Stilllegungen in der Berliner Metallindustrie. In Berlin sind mit dem Schichtschluß am Dienstag auch die bei dem Siemenskonzern und bei der Bergmann-W.G. noch arbeitenden Abteilungen stillgelegt worden, so daß damit die fünf Berliner Metallgroßbetriebe stillgelegt sind.

Italien ratifiziert die Locarnoverträge. Das römische Amtsblatt veröffentlicht einen Erlass mit Gesetzeskraft, durch welchen die am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Abkommen zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien ratifiziert werden.

Ersparnisse der englischen Kriegsmarine. Aus einem Bericht über die Ausgaben der englischen Kriegsmarine im Jahre 1926 geht hervor, daß in dem am 31. März 1927 abgelaufenen Finanzjahr nahezu eine Million Pfund Sterling gespart worden sind. Es handelt sich um die Differenz zwischen dem Voranschlag und den tatsächlichen Ausgaben der Admiralität während dieses Jahres.

Verminderung der Kosten der Rohenerzeugung. Es wird aus London berichtet, daß der Vertreter der Firma Lindley Duffield und Co. eine Erfindung gemacht habe, die durch Verminderung der Kosten von Fabrikrohesen um 50 Proz. die Eisen- und Stahlindustrie von Großbritannien „revolutionieren“ werde. Es wird behauptet, daß Rohisen zu 35 Schilling pro Tonne erzeugt werden könne.

Der Schweizerische Schulfachmann Maurer, der in Ostober schlesien die Prüfung der deutschen Minderheitsschulkinder vorgenommen hatte, verläßt nach Erfüllung seiner Aufgabe am kommenden Samstag Ostober schlesien.

Verschiedenes

Das große Los gezogen

Br. Berlin, 7. März. (Tel.) Der „B. Z.“ zufolge ist das große Los mit der Nummer 805 846 gezogen und in der ersten Abteilung nach Neumünster, in der zweiten Abteilung nach Rorzhelm gefallen.

Ein Flug Levine's New York—Savanna

Charles Levine, der im vorigen Jahr mit Chamberlin nach Deutschland flog, startete am Montag mit dem gleichen Flugzeug „Columbia“ um 23 Uhr New Yorker Zeit mit dem Piloten Wilmer Stutz und Miß Mabel Volk, die in der New Yorker und Pariser Gesellschaft unter dem Spitznamen „Diamantensänigin“ bekannt ist, zu einem Nonstop-Flug New York—Savanna. Die 1600 Meilen lange Strecke wurde glatt zurückgelegt. Dienstag mittag traf die „Columbia“ in Savanna ein.

Die Arbeiten am Rami-See

Die Arbeiten zur Gebung der zwei antiken Kaiserschiffe aus dem Rami-See sind in vollem Gange und ziehen — wie aus Rom gemeldet wird — an Sonntagen große Menschenmassen an. Um einen neuen Anschluß des Sees zu konstruieren, der die Gewässer nach einem tiefer gelegenen Gelände ableiten soll, mußte man den uralten Abfluß des Diana-Sees verschließen. Bei den Arbeiten kamen die Grundmauern verschiedener antiker Bauten zutage. — Wie in Rami sind auch am Palatin neue Arbeiten im Gange. Es wurden dort sogenannte Höhengrabungen begonnen, d. h. die Freilegung antiker Architekturen, die von modernen Konstruktoren überbaut worden waren.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwartung Karlsruhe. Die flachen Tieflandgebiete über Nord- und Ostsee verursachen heute nach leichter Regenfälle. Bei den jetzt herrschenden geringen Druckverhältnissen kommt es noch nicht zu einer wesentlichen Umgestaltung der Wetterlage. Wir haben daher mit dem Weiterbestand der trockenen und milden Witterung zu rechnen. Wetterausrichten für Donnerstag: Wolkig und fortdauernd mild, nur vereinzelte leichte Niederschläge, südwestliche Luftzufuhr.

Badischer Teil

Der Haushaltsausschuss zur Besichtigung von Straßendecken

Am Dienstag morgen fuhr der Haushaltsausschuss des badischen Landtages nach Dinglingen bei Lahr, um von da aus per Auto einige Straßen, in welchen ein neues Verfahren von Oberflächen-Teerung vorgenommen worden ist, zu besichtigen. Von der Regierung nahm Finanzminister Dr. Schmitt, von der Wasser- und Straßenbaudirektion Präsident Dr. Fuchs und Oberbaurat Kitziratschky daran teil. Auf der Bahnstation Dinglingen gab der Finanzminister in einführenden Worten einen kurzen Überblick über die finanziellen Wirkungen des Straßenbaues in Baden. Bei 3000 Kilometer Landstraßenweg in Baden gehen diese Aufwendungen in die Millionen. Anleihen für Straßenherstellung seien zu vermeiden. — Dann erklärte Baurat Kitziratschky als Mitglied des Landtages und vor kurzem zum Bürgermeister in Mannheim gewählt, in längeren Darlegungen das von ihm angewandte Verfahren für die Oberflächen-Teerung, welches sich bis jetzt ausgezeichnet bewährt habe und auch finanzielle Einsparungen beim Straßenbau ermögliche. Das Einschleppen der Landstraße mit Abzug des lehnigen Materials war bisher üblich. Diese Maßung genüge nicht mehr. Die oberflächengeleiteten Straßen, welche heute der Haushaltsausschuss besichtigte, seien anders gebaut, billiger und viel leistungsfähiger. Mit Ausnahme kurzer Strecken wären sie nur einmal geteert und wären doch allen Ansprüchen der Fuhrwerke, Last- und Personenautos gewachsen. Die Ersparnisse seien wesentlich; 1 Kilometer Kleinstplasterbede koste 70 000 Reichsmark, 1 Kilometer Balzbede 9000 RM, mithin Ersparnis 60 000 RM. Dem Landtag werde eine Denkschrift zu gehen. Wir kommen auf das Büchnersche Verfahren noch zurück. (Redaktion.)

Präsident Dr. Fuchs gab einigen Bedenken gegen die Büchnersche Auffassung Ausdruck, worauf der Haushaltsausschuss bei der Fahrt von Dinglingen nach Rippheim, Kenzingen und Gerbolzheim an verschiedenen Stellen Halt machte, um das neue Teerverfahren in Augenschein zu nehmen. Der allgemeine Eindruck war, daß diese Straßen in sehr guter Verfassung sind und den Anforderungen des stets wachsenden Verkehrs sicher auf längere Zeit standhalten.

In Emmendingen nahm der Ausschuss das Mittagessen ein, aus welchem Anlaß Bürgermeister Hirt die Landtagsabgeordneten bat, doch bei der Reichsbahnverwaltung für Behebung der Mißstände auf dem Emmendinger Bahnhof sich einzusetzen. Es fehlte an Ausstapenmöglichkeit für Güter, an rascher Abwicklung des Personenverkehrs usw., wodurch manche Industrieunternehmen davon abließen, sich in Emmendingen neu niederzulassen. Für den Haushaltsausschuss erwiderte der Vorsitzende Dr. Warum. Der Ausschuss werde aus den Erläuterungen, die man ihm zum Straßenbau gegeben habe, lernen und danach seine Beschlüsse fassen.

Es erfolgte dann die Weiterfahrt über Freiburg nach Oberkirch, um die dortige Autorennstrecke, deren Verbreiterung u. a. auch der Allgemeine Deutsche Automobilklub anstrebt, zu besichtigen. Die Gefahr bestehe, daß die Rennen aus Baden verlegt würden, wenn eine Verbesserung dieser Wegstrecke nicht erfolge. — Um 1/2 Uhr fuhr der Ausschuss über Freiburg nach Karlsruhe zurück.

Die Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Freiburg

Für die durch den badischen Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft im Stadttheater zu Freiburg i. Br. am 11. März stattfindende Feier zu Ehren der beiden Friedensnobelpreisträger, Prof. Buisson und Prof. Duibo, haben sich jetzt eine Anzahl bedeutender Persönlichkeiten ihrer Erscheinung zugesagt. Als Vertreter der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei kommt Dr. Kreisfeld, von der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei der Abg. Erking und für die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei der Abg. Dr. Haas. Außerdem haben sich bis jetzt 85 Vertreter der großen Presse des In- und Auslandes angemeldet. Durch diese Beteiligung wird die Duibo-Buisson-Feier zu einer bedeutenden Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Sanitätsunteroffizier Eugen Kuttner bei der Sanitätsstaffel in Ludwigshafen, der unter eigener Lebensgefahr eine Frau vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Werkeleiterversammlung im Gas- und Wasserfachmännerverein

In Bruchsal fand eine Werkeleiterversammlung im Bereiche des Mittelrheinischen Gas- und Wasserfachmännervereins statt, in deren Mittelpunkt ein Vortrag von Dr. Strölin, Stuttgart, über das Gaspreisproblem stand. Die Aufgabe der Gaswerke, so betonte er, bestehe darin, das Gas sowohl an den kleinen Mann als auch an die gewerblichen und industriellen Abnehmer zu einem möglichst billigen Preis abzugeben. Die verschiedenen Tarifformen erklärten sich aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse. Es sei aber notwendig, hierbei zu möglichst einfachen und den Abnehmern verständlichen Tarifarten zu kommen. Innerhalb des gleichen Abgabebereiches müßten die Gaspreise mit den Elektrizitätspreisen derart aufeinander abgestimmt werden, daß sich schon nach der Anlage der Tarife eine klare Interessensverteilung ergebe. — Die rege Aussprache hatte das Ergebnis, daß eine Kommission eingesetzt wurde, die nach eingehendem Studium des gesamten Materials Richtlinien für die Preis- und Tarifbildung aufstellen soll.

Tagungen

Südwestdeutscher Technikertag. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) hält am Sonntag, den 11. März, in Heidelberg eine südwestdeutsche Technikertagung ab. Das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Ingenieur Fromholz, Berlin, hat die Leitung der Tagung übernommen. An der Tagung beteiligen sich sämtliche technische Berufsgruppen des GWA aus Hessen, Baden, Pfalz und Saar.

Lohnbewegungen in Baden

Rückbildung des Lohnabkommens in der Mannheimer Metallindustrie. Das seit einem Jahr bestehende Lohnabkommen in der Mannheimer Metallindustrie, das für ein Jahr abgeschlossen war, soll nach den Beschlüssen einer Funktionärsversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf den 31. März gekündigt werden. Die Arbeitnehmer verlangen eine Erhöhung der Löhne um 12 % für die fünf Berufsgruppen mit Abstufung der Altersklassen nach verändertem Maßstab, Zurückbildung der Höchstaltersklassen auf 23 Jahre, Erhöhung der Lehrlingslöhne um 3 % für die ersten beiden und um 5 % für das dritte und vierte Lehrjahr, Anpassung der Altersklassen an den Ist-Verdienst. Das Abkommen ist für etwa 25 000 Metallarbeiter im Bezirk gültig.

Gemeinde-Rundschau

Der Mannheimer Bürgerausschuss

hielt am Dienstag die voraussichtlich letzte Sitzung unter Leitung des gegenwärtigen Oberbürgermeisters Dr. Kuber ab. Man besaß sich in nichtöffentlicher Sitzung mit den Dienstverträgen des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister. Dann gab der erste Bürgermeister Ritter zum ersten Male in aller Öffentlichkeit ausführliche Auskunft über das Problem der Gasfernversorgung, wie es neuerdings durch einen zwischen Mannheim und der Frankfurter Gasgesellschaft geschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag und der Gründung der Südwestdeutschen Gasgesellschaft akut geworden ist.

Die Gemeindebesteuer für 1928 wurde auf vorläufig 1,68 Proz. festgesetzt. Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters ist kaum eine Erhöhung des Steuerfußes zu befürchten, er erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß Mannheim im Vergleich mit 32 (preussischen) Städten die niedrigste Grund- und Gewerbesteuer erhebt. Aus dem Haushaltsjahr 1928 stehen 1,068 Millionen Reichsmark Ersparnisse zur Verfügung, wovon 669 200 Reichsmark zur Kostenüberwälzung bei städtischen Bauten, Spielplatzanlagen usw. verwendet werden dürfen. 70 000 Reichsmark sollen zur Verbesserung der Raumverhältnisse beim Schloßbau dienen. Die Sitzung über das Besoldungswesen der Beamten und Angestellten der Stadt Mannheim wurde entsprechend der Änderung bei Reich und Ländern ebenfalls geändert und genehmigt. Von Interesse ist noch die Übernahme der sozialen Frauenschule in städtische Verwaltung und Errichtung einer freiwilligen Hausfrauenhilfe, die den schulpflichtigen Mädchen eine tiefere Allgemeinbildung geben soll. In der Redaktionszeit, die zur Zeit 65 000 Einwohner zählt, aber noch keine öffentlichen Erholungsanlagen besitzt, soll mit der Anlage des längst geplanten Herzogenriedparks begonnen werden.

Der Bürgerausschuss Singen a. S. bewilligte für den Krankenhausneubau die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von einer Million Reichsmark. Die Baukosten des Krankenhauses einschließlich der Grundstücksverwertungen erreichen damit den Betrag von 2 1/2 Millionen Reichsmark. Ursprünglich war mit einem Aufwand von etwa 1 1/2 Millionen gerechnet worden. Durch Änderung der Pläne und Erhöhung der Zahl der Betten von 120 auf 180 haben auch die Baukosten eine entsprechende Erhöhung erfahren. Weiter stimmte der Bürgerausschuss einer Vorlage des Gemeinderates zu, durch die eine Angelegenheit bereinigt wird, die in letzter Zeit einiges Aufsehen erregte. Der württembergische Staat hatte der Stadt Singen zur Erstellung von Wohnhäusern für ehemalige Wehrleute aus der Schweiz ein großes Gelände abgetreten und daran die Bedingung geknüpft, daß das Gelände bis 1927 überbaut sein müsse. Dieser Verpflichtung ist der Bauverein Schweizer Wehrleute nicht in vollem Umfang nachgekommen und hat außerdem Baugebiete an Leute abgegeben, die nicht Schweizer Wehrleute sind. Um die Angelegenheit zu Ende zu führen, hat nunmehr Württemberg der Stadt Singen das Restgelände bedingungslos zum Kauf angetragen. Der Bürgerausschuss stimmte dieser Vorlage zu, durch die die Stadt den Rest des unbauten Geländes zum Preise von 2,50 RM pro Quadratmeter erwirbt.

Bei der Bürgermeisterwahl in Roteufels (Murgtal), wurde Bauunternehmer August Duber auch im zweiten Wahlgang zum Bürgermeister gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Die Badischen Lichtspiele im Konzerthaus bringen als neue Veranstaltung ein prachtvolles Filmdrama unter dem Titel „Göh von Berlichingen“ zur Vorführung. Der Film schildert in einer spannenden Handlung unter Anlehnung an die Goethesche Dichtung und nach historischen Motiven die Geschichte des Ritters „Göh von Berlichingen mit der eisernen Hand“. In filmtechnischer Hinsicht ist das große Werk kunstvoll aufgebaut und ausgestattet, eine Fülle von prachtvollen Aufnahmen bieten sich dem Betrachter. Eine Reihe prominenter Filmdarsteller verkörpern die in die Handlung greifenden Personen. Unter ihnen ragt Eugen Klöpfer als „Göh“ besonders hervor. — Neben dem Hauptfilm wird noch ein reichhaltiges und interessantes Beiprogramm geboten. Ein kleiner Film ist besonders zu erwähnen, der dem Laien die heutige Filmetechnik sehr instruktiv vor Augen führt. So sieht man, in welcher Weise die Zeitrafferaufnahmen gemacht werden. Als Objekte sind Blumen und Katzen ausgewählt, deren Leben und Wachstum sehr schön im Film festgehalten wird. — Eine Rundfahrt durch Walters Hauptstadt „München“ unternehmen wir in einem weiteren Film, und bewundern die prachtvollen Bauten, mit den schönen Anlagen und Brunnen. — Ein kleiner Ausschnitt aus dem Filmdrama „Im Reiche des Silbernen Löwen“, dieses in der nächsten Woche zur Vorführung kommenden Filmes, zeigt uns prächtige Aufnahmen. Die Opelwochenschau bringt im Film die neuesten Ereignisse und interessante Aufnahmen. Die musikalische Begleitung fügt sich dem Ganzen harmonisch ein. — Das Konzerthaus hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen.

Badisches Landestheater. Heute, Mittwoch, gelangt unter der musikalischen Leitung von Josef Krips Verdis beliebte Oper „La Traviata“ zur Aufführung. Das Werk wurde von Dr. Hermann Wackerpennig in Szene gesetzt. Wilhelm Krenning singt die Partie des „Alfred“ in dieser Vorführung. — Samstag, den 10. März, geht als vollständige Vorstellung zu halben Preisen Bizets Oper „Carmen“ wieder in Szene. Musikalische Leitung Josef Krips. — Die erste Wiederholung der Vorstadtlegende „Lilium“ von Franz Molnar ist auf Donnerstag, den 8. März, angesetzt. — Am Freitag, dem 9. März, geht Schillers „Wilhelm Tell“ zum viertenmal in Szene. — Dem 100. Geburtstag Genriß Iffens (20. März) ist am Sonntag, dem 11. März, vormittags 11 1/2 Uhr, eine Morgenfeier gewidmet, die in einem Vortrag des Herrn Professors Dr. Faesi bestehen wird.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. März		6. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.17	168.51	168.15	168.49
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	111.98	112.20
Italien 100 L.	22.10	22.14	22.06	22.10
London 1 Pf.	20.395	20.435	20.387	20.427
New York 1 D.	4.1800	4.1880	4.1790	4.1870
Paris 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz 100 Fr.	80.455	80.615	80.44	80.96
Wien 100 Schilling	58.84	59.07	58.84	59.07
Prag 100 Kr.	12.387	12.407	12.382	12.403

Der Privatdiskont ist ermäßigt für beide Sichten je 1/2 Proz. auf 6 1/2 Proz.

Der Karlsruher Hafenverkehr Januar und Februar. Die Großschiffahrt nach und von Karlsruhe war im Monat Januar durch Niedrigwasser, an einigen Tagen auch durch Nebel, im Monat Februar durch eine rasch vorübergegangene Hochwasserwelle etwas behindert. Der Verkehr des Karlsruher Rheinhafens war trotz der Behinderungen in beiden Monaten stärker als in den Vormonaten. Der Mehrverkehr verteilt sich im Januar auf Zufuhr und Abfuhr, wenn auch der Anteil der Zufuhr jenen der Abfuhr erheblich überstieg. Bei dem Verkehrszuwachs waren bei der Zufuhr vornehmlich Brennstoffe und Städtgüter beteiligt, während bei der Abfuhr die Steigerung durch Altisen herbeigeführt worden ist. Im Monat Februar ist die Verkehrszunahme bei der Zufuhr und beim Gesamtverkehr im wesentlichen einer weiteren Steigerung der Zufuhr von Brennstoffen zu danken. Die Abfuhr ist in diesem Monat etwas hinter denjenigen des Vormonats zurückgeblieben, hauptsächlich weil die Holzabfuhr mit Rücksicht auf die Hochwasserwelle verzögert werden mußte.

Badische Bauernbank e. G. m. b. H. In der in Freiburg i. Br. abgehaltenen Vorstandssitzung vom 2. März wurde der Jahresabschluss von 1927 vorgelegt. Die Bilanzsumme beträgt 41 838 498,36 RM. Der Reingewinn beläuft sich auf 309 969,58 Reichsmark. Es wird eine Dividende von 8 Prozent vorgeschlagen. Der Reserve sollen 200 000 RM zugewiesen werden, welcher Fonds sich dann auf 0,5 Mill. Reichsmark stellt. Die Spareinlagen belaufen sich auf 17 798 262,90 RM und die Giroguthaben auf 2 730 885,02 RM. Der Gesamtumsatz bezifferte sich auf 1,1 Milliarden Reichsmark.

Die Schiffahrt auf dem Oberrhein ist z. Z. noch nicht wieder auf den normalen Stand zurückgekehrt. Es sind nur wenig Transportgüter vorhanden, obwohl der Wasserstand des Rheins die Ausnutzung der vollen Ladefähigkeit der Rähne bis nach Rehl bzw. Straßburg ermöglicht. Bis nach Basel kann wegen zu niedrigen Wasserstandes noch nicht geschleppt werden. Der Schlepplohn stellte sich von der Ruhr nach Mannheim in der letzten Zeit von 1 bis 1,10 RM, von Mannheim nach Karlsruhe bzw. Straßburg auf 0,80 bis 0,90 RM pro Tonne.

Diskontogesellschaft Berlin. Die Direktion der Diskontogesellschaft erzielt im Geschäftsjahre 1927 einen Rohgewinn von 70,05 Millionen RM (i. V. 66,67 Millionen). Nach Abzug der Verwaltungskosten und Steuern in Höhe von 54,68 Millionen Reichsmark (51,82 Millionen) verbleibt ein Reingewinn von 15,37 Millionen Reichsmark (15,35 Millionen), aus dem wiederum eine Dividende von 10 Proz. verteilt, 1 Million Reichsmark der besonderen Reserve überwiesen und 0,23 Millionen Reichsmark (0,19 Millionen) auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Staatsanzeiger

Fortliche Staatsprüfung

Die nächste fortliche Staatsprüfung beginnt am Montag, den 26. März 1928. Die schriftlichen Anmeldungen sind bis spätestens 13. März d. J. hierher einzureichen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch die schriftlichen Prüfungsarbeiten, soweit sie noch nicht eingereicht sind, zur Vorlage zu bringen. Es wird darauf hingewiesen, daß das Bestehen der Staatsprüfung keinen Anspruch auf Anstellung im Staatsdienst gewährt.

Karlsruhe, den 2. März 1928.

Ministerium der Finanzen
— Fortabteilung —
Philipp

Staatsprüfungen für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.

Die Nachgenannten haben die im Februar 1928 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen bestanden und hierdurch gemäß § 9 der Staatsministerialverordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Maschinenbaumeister“ erlangt.

Appelbacher Arthur aus Kaspitz, Appenzeller Wilhelm aus Mannheim, Baldauf Georg aus Unterentersbach, Vofsch Otto aus Gerbolzheim, Brandner Otto aus Bretten, Brunn Max aus Karlsruhe, Fehner Oscar aus Untergrombach, Fleischmann Erwin aus Karlsruhe, Försel Wilhelm aus Karlsruhe, Fries Otto aus Karlsruhe, Gerstner Emil aus Weidenbach, Gsell Albert aus Schoppsheim, Hauns Paul aus Kaspitz, Hehl Max aus Ludwigshafen a. Rh., Herberich Wilhelm aus Mannheim, Herdt Franz aus Wudental, Curt Gustav aus Karlsruhe, Adler Wilhelm aus Achern, Kaiser Paul aus Schramberg, Vichtenfels Erich aus Gröningen, May Wilhelm aus Karlsruhe, Meier Karl aus Erbringen, Mühlhagen Gerhard aus Gengenbach, Schäfer Vinus aus Reuthard, Schaub Josef aus Durlach, Schmidt Karl aus Gröningen, Schneider Alfred aus Dieuze (Lothr.), Schöhl Kurt aus Frankfurt a. M., Sped Franz aus Malsch, Sped Friedrich aus Appenweier, Steinbock Erwin aus Karlsruhe, v. Teuffel Bruno aus Hauen, Walzer Paul aus Gaggenau, Winkler Leonhard aus Heidelberg, Jendt Heinrich aus Wöflingen, Zuberer Hellmut aus Dainstadt.

Die weiter Genannten haben die im Februar 1928 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst in der Elektrotechnik bestanden und hierdurch gemäß § 9 der Staatsministerialverordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Elektrobeamter“ erlangt.

Bär Karl aus Furtwangen, Biele Adolf aus Sasbach, Buisson Friedrich aus Freiburg i. Br., Dold Albert aus Hohenheim, Dreßel Josef aus Offenburg, Eberlin Karl aus Freiburg i. Br., Gressenbuch Josef aus Billingen, Großmann Erich aus Karlsruhe, Groß Eugen Karl aus Durlach, Guth Alfred aus Gerbolzheim, Hasselmeier Ernst aus Straßburg i. E., Keller Wilhelm aus Karlsruhe, Kuder Günther aus Forstheim, Klüber Gustav aus Heilbronn, Mathias Ernst aus Karlsruhe, Nagel Eugen aus Hochstetten, Renner Johann aus Hersbruck, Schumacher Hellmut aus Hausen i. T., Weibrenner Ernst aus Freiburg i. Br., Werner Hellmut aus Bruchsal, Wiedemann Friedrich aus Anielingen.

Karlsruhe, den 5. März 1928.

Der Finanzminister
J. B. Sammet.

Schlafwagenverkehr Deutschland-Schweiz

Nach Wegfall der Schlafwagengzüge D 244/241 (erstmalig Nacht 10./11. März) verkehren in den Zügen D 44/41 bis auf weiteres je ein Schlafwagen von Berlin und Frankfurt a. M. nach Lugano, sowie ein Schlafwagen von Emmrich nach Basel S. B. D. und zurück.

Maul- und Kleinfische

Nach Meldungen der Bezirkärzte war am 1. März 1928 nur eine Gemeinde, und zwar Hochstetten (Amtsbezirk Karlsruhe) verheud.

Badisches Statistisches Landesamt.

